

WEINHEIMER NACHRICHTEN

IM RAMPENLICHT

Giovanna Hoffmann spricht über ihren langen Weg ins DFB-Team ▶ **Sport**

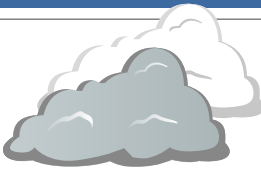


LETZTER HALT MIRAMAR

Nostalgischer Blickfang vor dem Weinheimer Freizeitbad ▶ **Seite 7**

DAS WETTER

Etwas Sonne und Wolken
Temperatur 26/15° C



NR. 167 / 163. Jahrgang

Weinheimer Anzeiger • Weinheimer Zeitung • Weinheimer Morgen • Amtsblatt der Stadt Weinheim

D 7102 • Einzelpreis: 2,90 €



Für einen Platz in einem Pflegeheim müssen Betroffene beziehungsweise deren Angehörige tief in die Tasche greifen.

BILD: SEBASTIAN KAHNERT/DPA

Pflege im Heim wird immer teurer

Soziales: Pflegebedürftige und ihre Familien müssen im ersten Jahr durchschnittlich mehr als 3000 Euro pro Monat stemmen. Kommt eine große Reform?

Berlin. Die Pflege im Heim wird für Bewohnerinnen und Bewohner noch teurer. Die Zahlungen aus eigener Tasche während des ersten Jahres in der Einrichtung überschritten jetzt im bundesweiten Schnitt die Marke von 3.000 Euro im Monat, wie eine Auswertung des Verbands der Ersatzkassen ergab. Mit Stand 1. Juli waren durchschnittlich 3.108 Euro fällig. Das sind 124 Euro mehr als zum 1. Januar und 237 Euro mehr als zum 1. Juli 2024. In laufenden Beratungen für eine große Pflegereform wächst der Druck für Entlastungen damit weiter.

Im Vergleich der Bundesländer am teuersten ist die Pflege im ersten Jahr im Heim jetzt in Bremen mit durchschnittlich 3.449 Euro im Monat, wie die der Deutschen Presse-Agentur vorliegenden Daten zeigen.

Nordrhein-Westfalen folgt mit 3.427 Euro. Am niedrigsten war die monatliche Belastung zum 1. Juli in Sachsen-Anhalt mit 2.595 Euro und Mecklenburg-Vorpommern mit 2.752 Euro.

In den Summen ist zum einen der Eigenanteil für die reine Pflege und Betreuung enthalten. Denn die Pflegeversicherung trägt – anders als die Krankenversicherung – nur einen Teil der Kosten. Für Bewohnerinnen und Bewohner im Heim kommen dann noch Zahlungen für Unterkunft und Verpflegung, Investitionen in den Einrichtungen und Ausbildungskosten hinzu.

Grund für immer höhere Belastungen der Pflegebedürftigen seien steigende Personal- und Lebenshaltungskosten, erläuterte der Ersatzkassenverband. So ging der Eigenan-

teil nur für die reine Pflege im bundesweiten Schnitt auf jetzt 1.862 Euro im Monat hoch – 184 Euro mehr als Mitte vergangenen Jahres. Stark zu Buche schlägt da eine bessere Bezahlung dringend benötigter Pflegekräfte. Aber auch Unterhalt und Verpflegung kosten mehr, nämlich durchschnittlich jetzt 1.018 Euro im Monat und damit plus 63 Euro im Vergleich zu Juli 2024. Ausgewertet wurden Vergütungsvereinbarungen der Pflegekassen mit Heimen in allen Ländern, wie der Verband der Ersatzkassen erläuterte.

Arbeitsgruppe von Bund und Ländern sucht nach Lösungen

Um die Kosten zu dämpfen, bekommen Pflegebedürftige seit 2022 neben den Leistungen der Pflegekassen auch Entlastungszuschläge, die

sich nach der Aufenthaltsdauer richten. Der Eigenanteil nur für die reine Pflege wird damit im ersten Jahr im Heim um 15 Prozent gedrückt, im zweiten um 30 Prozent, im dritten um 50 Prozent und ab dem vierten Jahr um 75 Prozent. Doch auch mit dem höchsten Zuschlag legten die Belastungen auf niedrigerem Niveau zu – im Schnitt auf nun 1.991 Euro im Monat. Das waren 126 Euro mehr als Mitte 2024.

Die Vorstandscheffin des Ersatzkassenverbands, Ulrike Elsner, mahnte, die Eigenbeteiligung steige seit Jahren kontinuierlich an. „Den Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern sind Belastungen in dieser Größenordnung nicht mehr zuzumuten.“ Um das schnell zu ändern, müssten die Länder ihre Verantwortung zur Übernahme der Kosten für

Investitionen und Ausbildung erfüllen.

Nach umfassenderen Lösungen suchen soll eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern, die gerade die Arbeit aufnahm. Ergebnisse sollen bis Jahresende vorliegen. „Pflege darf kein Armutsrisiko sein“, gab Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) als eines der Ziele aus. Dabei geht es auch um die Stabilisierung der Pflegeversicherung, die in diesem Jahr auf ein kleines Minus zusteuert. Um neue Beitragserhöhungen 2026 abwenden, fehlt aber schon noch Geld.

Diverse Reformvorschläge liegen längst auf dem Tisch: von mehr Steuergeld über Deckel für die Eigenanteile bis zu einem Umbau des Modells zu einer Vollversicherung, die alle Pflegekosten trägt. **dpa**

Stimmung bessert sich

Bau: Wohnsegment attraktiv, Büros bereiten Sorgen.

Rhein-Neckar. Im deutschen Immobilienmarkt hellt sich die Stimmung nur langsam auf. Sehr unterschiedlich ist sie in den Anlageklassen Wohnen, Büros und Einzelhandel. „Das Wohnungssegment wird von allen Akteuren immer noch am besten gesehen“, beschreibt Oliver Rohr, Immobilienökonom beim Immobilienberatungsunternehmen Bulwiengesa, die Lage. Das sogenannte Wohnklima erreicht schon fast wieder Spitzenwerte.

Dagegen bereitet der Büromarkt vielen Projektentwicklern und Investoren Sorgen. Viele ältere Bürogebäude stehen leer, sind sanierungsbedürftig und lassen sich kaum noch vermarkten. **cs**

▶ Bericht Seite 24

Staaten drängen auf Kriegsende

Nahost: Israels Vorgehen in Gaza sorgt international für Kritik.

Rom/Tel Aviv/Gaza. Die Außenminister von mehr als zwei Dutzend Ländern fordern in einer gemeinsamen Erklärung ein sofortiges Ende des Krieges im Gazastreifen und kritisieren zugleich Israels Umgang mit der humanitären Hilfe für das abgeriegelte Gebiet. „Der Krieg in Gaza muss jetzt beendet werden“, heißt es in dem Text. „Weiteres Blutvergießen dient keinem Zweck.“ Die weiter in Gaza festgehaltenen Geiseln müssten sofort freigelassen werden.

Das israelische Außenministerium wies die Erklärung als „ohne Bezug zur Wirklichkeit“ zurück. Die Erklärung würde ein „falsches Signal“ an die islamistische Hamas senden, hieß es. Die Terrororganisation habe den Krieg begonnen und sei „allein“ dafür verantwortlich, dass es trotz laufender Gespräche noch zu keiner Waffenruhe und Geiselfreilassung gekommen sei, hieß es.



Gaza-Stadt: Rauch und Flammen nach einem Luftangriff.

BILD: JEHAD ALSHRAFI/DPA

Unterzeichnet wurde die Erklärung von zunächst 25 Ländern, unter anderem Italien, Frankreich, Österreich, das Vereinigte Königreich, Belgien und Kanada sowie von der EU-Kommissarin für Gleichstellung und Krisenmanagement. In einer

Mitteilung der britischen Regierung sind nun zusätzlich Griechenland, Zypern und Malta aufgeführt. Deutschland gehört nicht zu den Unterzeichnern. **dpa**

▶ Bericht Politik

Allianzen im Gespräch

Migration: EU-Minister beraten über Rückführungen.

Kopenhagen. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat die Idee ins Spiel gebracht, dass sich eine kleinere Gruppe von EU-Staaten zusammenschließen könnte, um in Drittstaaten außerhalb Europas Rückführungszentren für abgelehnte Asylbewerber zu organisieren. Es gebe außerhalb Europas grundsätzlich Möglichkeiten, mit Partnerstaaten solche Einrichtungen zu schaffen, sagte er im Vorfeld eines Treffens der EU-Innenminister in Kopenhagen. „Dieses Ziel wollen wir formalisieren.“ Bei den Gesprächen geht es neben der Rückführung abgelehnter Asylbewerber unter anderem auch um Maßnahmen gegen irreguläre Migration. **dpa**

▶ Bericht Politik

Kontroverse Debatten

Gemeinderäte: Lange

Sitzungen vor Sommerpause.

Hemsbach/Laudenbach. Gleich zwei Gemeinderäte hielten jetzt ihre letzten Sitzungen vor der Sommerpause ab, und beide Male waren die Tagesordnungen nicht nur lang, sondern auch gespickt mit teils hoch emotionalen Themen. In Hemsbach war das der Plan, den Wiesensee-Parkplatz mit Carports zu bebauen, auf denen Photovoltaik-Anlagen montiert sind. In der Einwohnerfragestunde kam dazu heftiger Protest. In Laudenburg kamen unter anderem der „Dauerbrenner“ Flurneuordnung und die Umgestaltung des Schillerplatzes aufs Tapet, auch sie ein Vorhaben mit langer Geschichte. Die vermutlich noch länger wird, denn das Gremium lehnte es ab, einen Planungsauftrag für die zentral gelegene Fläche zu vergeben. In Hemsbach wurde wiederum eine Frage erörtert, die gar nicht Eingang in die Tagesordnung gefunden hatte: die mögliche Schließung der Carl-Engler-Realschule. **stk**

▶ Berichte auf den Seiten 10 und 11

Optimismus beim DRK

Weinheim. Bei der Kreisversammlung des DRK-Kreisverbands Mannheim in Hohenlohe herrschte trotz eines Jahresfehlbetrags von 1,419 Millionen Euro eine optimistische Grundstimmung. Rückläufige Verbindlichkeiten und ein positiver Prüfbericht ließen auf eine baldige wirtschaftliche Erholung hoffen.

Ein besonderer Moment war die Ernennung des ehemaligen Weinheimer Oberbürgermeisters Uwe Kleefoot zum Ehrenmitglied. Die Verdienste des 84-Jährigen wurden vom Ortsvereinsvorsitzenden Professor Dr. Rudolf Large gewürdigt. Präsident Tobias Locher hob die anhaltenden Herausforderungen im Rettungsdienst, in der Pflege sowie im Ehrenamt hervor.

▶ Bericht auf Seite 8

LOKALBLICK

Krabbe-Kerwe in Sulzbach

Am Freitag, 25. Juli, startet die Sulzbacher Krabbe-Kerwe. Der Höhepunkt ist auch in diesem Jahr der Umzug am Sonntag. ▶ **Seite 16/17**

Volles Haus bei der TSG 1862

Die Badische Schwimm-Meisterschaft lockt 572 Aktive aus 33 Vereinen ins Weinheimer Waldschwimmbad. ▶ **Seite 23**

IN DIESER AUSGABE

Frühstücksbörse	Seite 18
Traueranzeigen	Seite 19
Sport	Seite 21
Kultur	Seite 26
Fernsehen	Seite 27
Aus aller Welt	Seite 28